

# Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

6/2015 – 62. Jahrgang

## Die Lehren aus dem Vollzugsjahr 2015

Ein Rückblick auf die vergangenen Monate

Seite 1

## Neue Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen eingeweiht

Gesamtinvestitionsvolumen 105 Millionen Euro

Seite 17

## Wird der Vollzug mit mehr gewaltbereiten Inhaftierten konfrontiert?

Der Ton in den NRW-Vollzugseinrichtungen ist rauer geworden

Seite 51

Bundesleitung und Redaktion wünschen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2016



Baden-Württemberg



Bremen



Sachsen

Fachteil: dbb-Stellungnahme zum Tarifeinheitsgesetz

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Rückblick auf die vergangenen Monate  
Die Lehren aus dem Vollzugsjahr 2015
- 2 Zweite Fachtagung der  
dbb Bundesseniorenvertretung
- 2 Das Betreuungsgeld  
hatte auch sein Gutes
- 3 Arbeitskreistreffen der BSBD Bund-/  
Länder-Frauenvertretungen
- 4 Tipps zur Pflege von Angehörigen
- 4 Fragerecht bei Einstellung in den  
Justizvollzugsdienst


### LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 26 Brandenburg
- 29 Bremen
- 30 Hamburg
- 34 Hessen
- 41 Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 69 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 76 Schleswig-Holstein
- 79 Thüringen

### FACHTEIL

- 82 Stellungnahme des dbb zum  
Referentenentwurf eines Gesetzes zur  
Tarifeinheit (Tarifeinheitgesetz)



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

|                                   |                     |                                      |
|-----------------------------------|---------------------|--------------------------------------|
| <b>Bundesvorsitzender</b>         | Anton Bachl         | bachl@bsbd.de<br>www.bsbd.de         |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>  | Petra Rabe          | bsbd-frauen@bsbd.de<br>tarif@bsbd.de |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Wolfgang Jänicke    | wolfjnicke@aol.com                   |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Friedhelm Sanker    | fsanker@t-online.de                  |
| <b>Stellv. Bundesvorsitzender</b> | Franz-Josef Schäfer | eu@bsbd.de                           |
| <b>Schriftleitung</b>             | Burghard Neumann    | <b>vollzugsdienst@t-online.de</b>    |

| <b>Landesverbände</b>         | <b>Vorsitzende</b>   |  |
|-------------------------------|----------------------|--|
| <b>Baden-Württemberg</b>      | Alexander Schmid     | Alex.Bodman@web.de<br>www.bsbd-bawue.de                  |
| <b>Bayern</b>                 | Ralf Simon           | post@jvb-bayern.de<br>www.jvb-bayern.de                  |
| <b>Berlin</b>                 | Thomas Goiny         | thomas.goiny@berlin.de<br>www.bsbd-berlin.de             |
| <b>Brandenburg</b>            | Rainer Krone         | bsbdbrb@t-online.de<br>www.bsbd-brb.de                   |
| <b>Bremen</b>                 | Werner Fincke        | werner.fincke@JVA.BREMEN.de                              |
| <b>Hamburg</b>                | Thomas Wittenburg    | thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de<br>www.lvhs-hamburg.de |
| <b>Hessen</b>                 | Birgit Kannegießer   | vorsitzende@bsbd-hessen.de<br>www.bsbd-hessen.de         |
| <b>Mecklenburg-Vorpommern</b> | Hans-Jürgen Papenfuß | hans_j_papenfuss@me.com<br>www.bsbd-mv.de                |
| <b>Niedersachsen</b>          | Uwe Oelkers          | uwe.oelkers@vnsb.de<br>www.vnsb.de                       |
| <b>Nordrhein-Westfalen</b>    | Peter Brock          | bsbd-p.brock@t-online.de<br>www.bsbd-nrw.de              |
| <b>Rheinland-Pfalz</b>        | Winfried Conrad      | bsbd.winfried.conrad@t-online.de<br>www.bsbd-rlp.de      |
| <b>Saarland</b>               | Markus Wollscheid    | M.Wollscheid@justiz.saarland.de                          |
| <b>Sachsen</b>                | René Selle           | rene.selle@bsbd-sachsen.de<br>www.bsbd-sachsen.de        |
| <b>Sachsen-Anhalt</b>         | Uwe Bülau            | uwe.buelau@bsbd-lsa.de<br>www.bsbd-lsa.de                |
| <b>Schleswig-Holstein</b>     | Michael Hinrichsen   | hinrichsen@bsbd-sh.de<br>www.bsbdsh.de                   |
| <b>Thüringen</b>              | Jörg Bursian         | post@bsbd-thueringen.de<br>www.bsbd-thueringen.de        |

**Redaktionsschluss**

für die Ausgabe 1/2016:



**15. Januar 2016**

58. Gewerkschaftstag des BSBD Hessen am 6. November 2015

## Wir bewegen was! Eure Stimme! Für alle Laufbahnen!

BSBD-Klabauter sprechen Tacheles in Butzbach



„Der BSBD-Klabauterhammer ist wieder da, immer noch, immer wieder und er ist immer wieder nötig“, so eröffnete BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer ihre Rede zum 58. Gewerkschaftstag des BSBD Hessen im Bürgerhaus der Stadt Butzbach und begrüßte hierbei Staatssekretär Thomas Metz, Bürgermeister Michael Merle aus Butzbach sowie die Landtagsabgeordneten von CDU, SPD, Grünen und von den Linken. „Wir sind die Stimme und wir sind der Kalfater-Hammer für unsere Kolleginnen und Kollegen im hessischen Justizvollzug, für die Bediensteten aller Fachrichtungen und aller Aufgabenstellungen“.

Der Kalfaterhammer aus dem Jahr 2015 war deshalb auch in diesem Jahr wieder dabei und lag während des öffentlichen Teils des 58. Landesgewerkschaftstages mahndend auf dem Rednerpult. „Wir“, so Birgit Kannegießer, „sprechen Klartext, wir melden an, was Sache ist. Das mag unbequem sein, das mag störend erlebt werden, aber das war und das ist das Versprechen, das wir unseren Kolleginnen und Kollegen gegeben haben. Und das ist wichtig so!“

Jegliche kritische Reflexion der Arbeitsplatzsituation im Justizvollzug werde

aktuell den Begriffen von Schuldenbremse und Nachhaltigkeit unterworfen! So habe Finanzminister Dr. Schäfer beim Einbringen des Haushaltsplans 2016 und im Angesicht des Flüchtlingsdramas die Parole ausgegeben: „Kurs halten!“ In Anlehnung an den Gewerkschaftstag 2014 erwiderte Landesvorsitzende Birgit Kannegießer hierzu: „Wenn das Schiff auf eine Steilklippe zusteuert, ist das Kurs halten eine völlig ungeeignete Strategie. Jeder vernünftige Kapitän wird dann ins Steuerrad greifen, um mit einer handlungsfähigen Crew das Schiff zurück auf einen sicheren Kurs zu bringen. Auch wenn das ein Umweg bedeutet oder die Reise verlängert.“

Was passiert stattdessen in Hessen? Während der Vollzug durch die Gerichte immer mehr in Behandlungsangebote getrieben wird, Ausführungen massiv zunehmen, Gefangene immer verhaltensauffälliger werden, zukünftig Extremismus und Salafismus in besonderer Weise beobachtet werden, wird in Hessen der Stellenbestand im Vollzug – anders als in Baden-Württemberg,

in Niedersachsen, in Bayern, in NRW – im Jahr 2016 sogar überproportional gekürzt werden. Statt der in 2014 vermuteten 49 abzubauenen Stellen verkündete Staatsministerin Kühne-Hörmann dem HPR Justizvollzug in einem Brief vom August 2015, dass sie allein im Jahr 2016 im hessischen Justizvollzug insgesamt 85 Stellen reduzieren wolle, wobei nicht alle Stellen dem Abbaukonzept zum Opfer fallen, sondern einerseits zur Extremismusverfolgung und andererseits im Bereich der allgemeinen Justiz verwendet werden sollen. Dabei, so Kannegießer, handele es sich nicht um Leerstellen oder Stellenhülsen, wie insbesondere von CDU-Landtagsabgeordneten Hugo Klein vermutet. Birgit Kannegießer erklärte hierzu deutlich, dass der Wegfall von Stellen nicht nur haushälterisch erfolge, sondern tatsächlich die Gesichter verloren gehen. Vom Rednerpult erklärte Landesvorsitzende Kannegießer, dass 100 freie Stellen in SAP in keiner Weise



BSBD-Landesvorsitzende appelliert an die Ministeriumsspitze und die Landtagsabgeordneten „Schluss mit den Stellenstreichungen!“

bedeuten, dass diese Stellen nicht mehr benötigt werden. Sie machte sich sogar die Mühe, die dazu gehörenden Regeln schlagkräftig zu erklären.

BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer appellierte an Ministeriumsspitze und Landtagsabgeordnete: „Hören Sie endlich auf, uns die Überbelegung Ende der Neunzigerjahre und den damaligen Personalbestand vorzurechnen!“ Damals waren bis zu 6.500 Gefangene inhaftiert, gleichzeitig waren rund 2.800 Bedienstete im hessischen Justizvollzug beschäftigt. Heute liegt die Belegung dagegen bei 4.600 Gefangenen, wäh-



Der BSBD ist der Kalfater-Hammer für Kolleginnen und Kollegen.

rend insgesamt 2.900 Bedienstete im hessischen Justizvollzug Dienst leisten. Personalkalkulation, so **Kannegießer**, richtet sich aber nicht nach der Zahl der Gefangenen, sie richtet sich insbesondere nach der Architektur einer JVA und schließlich immer wieder danach, was der Gesetzgeber sich an Aufgaben für seine Beschäftigten einfallen lässt. Im hessischen Justizvollzug gäbe es keine Stationen oder Ecken, auf denen all die Bediensteten untätig geparkt sind, die nach Wahrnehmung der Politik jetzt überflüssig sind. Die Belegungsspitzen Ende der Neunzigerjahre war im Übrigen der damaligen Flüchtlingsproblematik geschuldet, deshalb steht zu erwarten, dass sich die Belegungssituation auch in

zu blöde, Sie daran immer und immer wieder zu erinnern – dann können wir im Vollzug demnächst nur noch um Gnade winseln im Angesicht deutlich steigender Krankenzahlen und der Bediensteten, die zwar noch da sind, innerlich aber sich bereits deutlich verabschiedet haben. Sie haben innerlich gekündigt. Sie wollen nicht mehr einspringen, sich rechtfertigen, sich anraunzen lassen und sich entschuldigen für ein freies Wochenende oder einen Ruhetag. Die Ausnahme ist nicht mehr Ausnahme, die Ausnahme ist bei uns die Regel. Nur noch vertreten, nur noch von hier nach da geschickt werden, zusätzliche Dienste und ständig notwendige Umplanungen im Dienstplan. Nein, die Kranken sind nicht Ursache unseres Pro-

verstecke man sich lieber in der Kleinteiligkeit und im Kontrollwahn der Einzelentscheidungen, statt mit Zielvorgaben zu führen. Lieber einen Erlass oder eine Hausverfügung schreiben, als sich mit den Betroffenen über die optimale Zielerreichung auseinanderzusetzen. Lieber Fehler sezieren als konstruktives Fehlermanagement.

Auf die Frage, was denn Bedienstete motiviere, erklärte sie: „Einbeziehung motiviert! Mitreden, mitdenken, mitgestalten führt zu mitverantworten! Nicht zu Tode informieren, sondern die Fachkompetenz der Basis abrufen und einbeziehen. Feedback geben, Auseinandersetzung stiften. Das motiviert!“

Unverzichtbare Elemente für die Arbeit im Justizvollzug sind, so Landesvorsitzende **Kannegießer**, dass sich die Kolleginnen und Kollegen absolut aufeinander verlassen können – auch auf die Führungsebene. Unterstützung und Rückendeckung von oben zu erhalten, ganz besonders in der Auseinandersetzung mit Gefangenen, bei Anschuldigungen, Strafanzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden oder gar nach besonderen Vorkommnissen, sei dies unendlich wichtig. Stattdessen werde aber immer wieder Fehlerlosigkeit, Perfektion, Rechtfertigung für alles und jedes, Berichte, Fragenkatalog über Fragenkatalog – immer zur Absicherung der Oberen – verlangt. Hier verwies Birgit Kannegießer auf die Bedeutung der Streitkultur im hessischen Landtag. Auf anderer Leute Fehlentscheidungen zu schauen – ganz besonders in der Rückschau vom sicheren Schreibtisch aus – das könne jeder.

„Aber haben Sie mal unsere Erfolgsbilanz betrachtet? Die Erfolgsbilanz des hessischen Justizvollzugs? Ihre Sicherheit gehört da ganz besonders dazu und die Sicherheit aller hessischen Bürgerinnen und Bürger. Sie streiten über Rückfallquoten, demnächst lassen Sie uns noch



Staatssekretär Metz und Abteilungsleiterin im Justizvollzug Frau Schröder beim Apell der BSBD-Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer.

den hessischen Vollzugsanstalten alsbald wieder verschärfen werde.

Die für das Jahr 2017 geplante und lange geforderte Arbeitszeitreduzierung wird das Personaldefizit allein im **AVD** um mindestens 35 Stellen zusätzlich erhöhen. Kannegießer weiter: „Wenn ich daran denke, dass schon unsere Personalkalkulation, die Basis also unserer Personaleinsatzplanung, markante Fehler hat, die jeder weiß und jeder immer und immer wieder verdrängt – und ich bin mir als Gewerkschaftsvorsitzende auch nicht

blems: Sie sind das Symptom. Sie sind das Symptom einer massiven Schräglage, in die wir in den letzten Jahren geraten sind.“ Während dauernd über die Folgen des Krankenstands sinniert werde, finde kaum Ursachenforschung statt.

Dabei, so die Landesvorsitzende, gebe es zum Thema Motivation, Führung, Kommunikation, Zusammenarbeit am Arbeitsplatz Fachlektüre wie Sand am Meer (Herrn Staatssekretär **Thomas Metz** wurde der neueste Band von **Reinhard Sprenger** überreicht). Stattdessen

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug

Landesverband  
der Justizvollzugs-  
bediensteten  
**Hessen**

**BSBD Hessen**  
Organisation

Registrieren Gefällt dir Nachricht senden

[www.facebook.com/BSBD-Hessen](http://www.facebook.com/BSBD-Hessen) und [www.BSBD-Hessen.de](http://www.BSBD-Hessen.de)

MeWis beliefern; die Messung der Wirksamkeit des Justizvollzugs, damit aber schieben sie uns dann endgültig die Verantwortung für das Scheitern und Straucheln unserer Insassen zu. Behandlungsmaßnahmen im Justizvollzug werden niemals garantieren, dass diese Menschen zukünftig straffrei ein Leben in sozialer Verantwortung führen. Deshalb lässt sich der Erfolg oder Misserfolg des Justizvollzugs so nicht beschreiben, deshalb lässt sich Wirksamkeit so auch nicht messen. Kriminalität ist keine Krankheit.“

**Kannegiesser** weiter: „Haben Sie eigentlich mal bilanziert, wie viel Erfolg wir haben, indem wir, Ihr hessischer Justizvollzug, die Gefangenen sicher verwahren, dass sie wenigstens in dieser Zeit keine Straftaten begehen, andere gefährden? Schreiben Sie das mal in Ihren Köpfen auf unsere Habenseite. Da verschiebt sich die Gesamtbilanz plötzlich völlig!“ Sie lud die anwesenden Landtagsabgeordneten schließlich ein, die Patenschaft für jeweils eine der hessischen Justizvollzugsanstalten zu übernehmen und dort mal im Tages- bzw. Nachtbetrieb mitzulaufen, um mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen, selbst zu erfahren, was Arbeit im hessischen Justizvollzug bedeutet.

Die hessische Landesregierung feiere derweil ihre „Familienfreundlichkeit“. Wie sich dies übereinbringen lasse mit der Verweigerungshaltung der Landes-

regierung zur Besoldungserhöhung – Stichwort: Nullrunde 2015 – sei nicht nachvollziehbar, die hessische Landesregierung ist damit die einzige im bundesweiten Vergleich, die ihren Beamtinnen und Beamten die Besoldungserhöhung im Jahr 2015 verweigert.

Und weil das dieser Landesregierung noch nicht genügt, verkündet sie rechtzeitig vor dem Jahresende durch die Verschlechterung des Beihilferechts sogar eine Minusrunde. Die Kolleginnen und Kollegen bilanzieren: jetzt müssen wir auch noch Geld mitbringen! Ist das mit Wertschätzung in Verbindung zu bringen, bei gleichzeitig deutlich spürbarer Aufgabenverdichtung? An Staatssekretär **Thomas Metz** gerichtet erklärte **BSBD-Landesvorsitzende Kannegiesser**: „Sie ahnen nicht, was der Brief von der Beihilfestelle, der in allen Briefkästen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter landete, tatsächlich an ihrer Basis angerichtet hat. Und glauben Sie bitte nicht, dass Sie sparen werden. Nichts werden Sie sparen.“

Sie appellierte im Übrigen an die anwesenden Politikerinnen und Politiker, endlich die Höhe der Vollzugszulage (Gitterzulage) an die Polizeizulage anzugleichen und darüber hinaus die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten gemäß Bundestrend anzuheben.

Stichwort „Familie“ – „Steigerungsform: die Vollzugsfamilie!“ Dieser Begriff wurde 2015 in verschiedenen Reden der

Hausspitze immer wieder eingesetzt, um Zusammengehörigkeit zu stiften. Die Familie kommt laut **Wikipedia** aus dem Lateinischen von „Familia“ – die Hausgemeinschaft, die sich wiederum vom lateinischen „Famulus“ – der Haussklave – ableite. Er bezeichnete damals den Besitz eines Mannes, des „Pater familias“, dazu gehörten Ehefrau, Kinder, Sklaven, Freigelassene sowie das Vieh. „Pater familias“ war eine Herrschafts, keine Verwandtschaftsbezeichnung. Im hessischen Justizvollzug, so **Birgit Kannegiesser**, habe man es allerdings nicht mit einem „Pater“ – eher mit einer „Mater“ zu tun, noch ohne „R“ in der Mitte, aber eigentlich sei man von Letzterem nicht mehr weit entfernt; Minusrunde 2015, Beihilfekürzung, höchste Arbeitszeit im Bundesvergleich, Arbeitsverdichtung, Stellenabbau, diese Schlagworte bietet die hessische Landesregierung als Perspektive für 2016 an.“ Da wird nun die 2015 immer wieder in Feiernreden herausgehobene „Vollzugsfamilie“ Realität – ganz im ursprünglichen Sinn des Wortes.

Am Ende ihrer Eröffnungsrede erklärte **Kannegiesser**: „Herr Staatssekretär, wir kalfatern weiter, auch wenn Ihr Kurs aktuell nicht unserer ist. Wir werden uns nicht schweigend ergeben. Wir erheben weiter unsere Stimme. Wenn Sie ihren Kurs halten wollen, dann tun Sie das nun wissend und sehenden Auges. Das verantworten dann Sie!“



Vorstand des BSBD Hessen: „Wir kalfatern weiter für unsere Kolleginnen und Kollegen!“

Staatssekretär Thomas Metz beim 58. BSBD-Gewerkschaftstag:

## BSBD Hessen = kritisch, konstruktiv und vehement

Vollzug in geordnetem Fahrwasser – Keine Arbeitsverdichtung durch Stellenabbau zu befürchten

Für Staatssekretär **Thomas Metz** war es der erste **BSBD-Gewerkschaftstag**. In seiner Erwiderung an die **BSBD-Landesvorsitzende** erklärte er: „wenn der Vollzug als Schiff betrachtet wird, dann befindet er sich doch gelegentlich auch in ruhigem, geordnetem Fahrwasser.“ Er begrüßte die sehr intensive Berichtspflicht, weil hierdurch die verdichtete Lebenssituation der Menschen

im Justizvollzug beschrieben werde, gegenwärtig werde, wie Gefangene und Bedienstete im Justizvollzug interagieren.

Die Abgeordneten des Unterausschusses Justizvollzugs gehen, so **Metz**, sehr verantwortlich, sehr fachbezogen, überhaupt nicht politisch an die dort aufgeworfenen Fragestellungen zum hessischen Justizvollzug heran. Fast zwei Jahre im Amt habe er sich der Thematik

Justizvollzug durch intensive Besuche in den Justizvollzugsanstalten bereits gut angenähert, die Atmosphäre im Vollzug und ihre speziellen Zusammenhänge begriffen; die Dichte der Aufgaben und das Zusammenwirken der unterschiedlichen Berufsgruppen sei hierbei besonders zu bemerken. Es sei eine besondere Herausforderung, sich 24 Stunden an sieben Tagen um Menschen zu kümmern, die sich

in einer existenziellen Grenzsituation befinden. Den Sicherheitsbelangen und den Behandlungsbedürfnissen gerecht zu werden, sich der besonderen Aufgabenverdichtung jeden Tag zu stellen, sei eine besondere Herausforderung für alle Bediensteten des Justizvollzugs.

Es könne jedoch nicht negiert werden, dass die Gefangenzahlen in den letzten 15 Jahren deutlich abgenommen haben; während der Betreuungsschlüssel im Jahr 2008 bei 53,73 gelegen habe, betrage er 2015 bereits 62,88. All diese Entwicklungen seien in die aktuell zu treffenden Entscheidungen einzu- beziehen. Er verteidigte den durch die Hausspitze beabsichtigten Stellenabbau von insgesamt 85 Planstellen konkret im Jahr 2016, betonte, dass es 2015 keinen Stellenabbau gegeben habe, um das Gesamtziel von 249 abzubauen Stellen im Ressort tatsächlich bis 2019 zu erreichen. Im Jahr 2016 bedeutet dies die Reduzierung von 49 Stellen im Einzelplan 05 (Justiz), wobei 39 Stellen des Justizvollzugs bis 31. 12.2016 mit einem KW-Vermerk zu versehen seien. Für das Ressort sei jedoch auch eine Stellenverstärkung von 11,5 Stellen angemeldet worden, wofür jedoch 46 weitere Stellen des Justizvollzugs zur Kompensation dieser neu geschaffenen Stellen aufzubringen sei. Diese neuen Stellen seien allerdings nicht nur für den Justizvollzug, sondern insgesamt für das Ressort. Von diesen 46 abzubauen Stellen würden dann immerhin 10,5 Stellen auf den durch den Justizvollzug nach 2016 zu erbringenden Stellenabbau angerechnet werden.

Es solle jedoch zu keiner Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des AVD's, der Werkstätten sowie aller Bereiche im Justizvollzugs kommen, bereits im vergangenen Jahr habe man durch die Schließung des Hauses S6 in der JVA Darmstadt sowie des S-Hauses in der JVA Weiterstadt, d. h. durch sinnvolle organisatorische Maßnahmen, 39 Planstellen freisetzen können. Auch die jetzt darüber hinaus zu erbringenden 46 Stellen würden, so Staatssekretär Metz, durch organisatorische Maßnahmen im Bereich der Stellenwirtschaft ausgeglichen werden, zumal im Justizvollzug permanent freie Stellen im Stellenplan nachzuweisen seien. Seitens der Hausspitze sei beabsichtigt, durch die kluge und zentralisierte Stellenwirtschaft, durch Nutzung der Personalfuktuation dafür zu sorgen,



**Staatssekretär Metz: „Keine Arbeitsverdichtung durch Stellenabbau zu befürchten“.**

dass keine reale Arbeitsverdichtung passiere.

Darüber hinaus wurden im Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 weitere finanzielle Schwerpunkte für den hessischen Justizvollzug gesetzt: für die IT-Sicherheit werden insgesamt 835.000 Euro investiert werden, für die Erneuerung der Wäscherei der JVA Frankfurt III werden 700.000 Euro, für die Wiederbeschaffung von Fahrzeugen insgesamt 226.000 Euro und für die Modernisierung der PNG, Anlagen sogar 1,3 Millionen Euro aufgewandt werden. Für die Sanierung in den Anstalten sollen 1,8 Millionen Euro im Einzelplan 18 investiert werden. Staatssekretär Metz kündigte an, dass ab 2017 die Generalsanierung (grundhafte Erneuerung) der JVA Kassel I starten soll.

Die Arbeit des BSBD Hessen beschrieb Staatssekretär Thomas Metz als kritisch, konstruktiv und vehement, als Mitarbeitervertretung sei dies seine originäre Aufgabe, dies sei richtig so. Nach sehr konstruktiven Gesprächen mit dem BSBD-Landesvorstand seien verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben gerufen worden, die Fortbildung für Führungs-

kräfte verpflichtend und runde Tische für Nachwuchskräfte einberufen worden. Führungskultur und Führungsverantwortung seien permanente Themen in der Fortbildung für den hessischen Justizvollzug, um Führungskräfte voranzubringen.

Im Haushalt 2016 seien darüber hinaus, so Metz, zusätzlich 60.000 Euro eingestellt worden, um telefonische Beratungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei psychischen und körperlichen Belastungslagen nun auch auf den hessischen Justizvollzug ausweiten zu können. Er ging schließlich auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Betreuung muslimischer Gefangene – insbesondere die Zusammenarbeit mit deutschen Imanen – ein, er schilderte die Intensivierung der Extremismusbekämpfung im Justizvollzug, ein Grundthema, das sehr ernst zu nehmen sei. Diese Aufgabe beginne bereits bei der internen Betreuung durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Vollzuges. Er lobte schließlich alle hessischen Vollzugsgesetze, die aktuell erneuert fortgeschrieben würden; „dass diese Gesetze durch Expertinnen und Experten sehr positiv bewertet werden, das können sich die Mitarbeiter sehr stark auf ihre Fahnen schreiben!“

Allen Kolleginnen und Kollegen dankte er abschließend für ihre Leistungen, die sie zu jeder Tageszeit im hessischen Justizvollzug erbringen.

Allen Kolleginnen und Kollegen dankte er abschließend für ihre Leistungen, die sie zu jeder Tageszeit im hessischen Justizvollzug erbringen.

MdL Hugo Klein, CDU:

## Zierhämmerchen für die Feinarbeit statt Klambauterhammer

Hessische Vollzugsgesetze sehr einmütig fortgeschrieben

Für den stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses Justizvollzug im hessischen Landtag, Herrn Landtagsabgeordneter Hugo Klein, CDU, ist der jährlich stattfindende Gewerkschaftstag des BSBD Hessen ein wichtiger Termin im Kalender. Dieser Kontakt biete ihm, so MdL Klein, immer wieder wertvolle Auskünfte, um den hessischen Justizvollzug nach seinen aktuellen Anforderungen zu gestalten. Die BSBD-Landesvorsitzende habe sehr offen und ungeschoren die Situation geschildert und dargelegt. Nach seiner Bewertung habe sich die Arbeitssituation jedoch insgesamt verbessert, wobei man sich jedoch nicht ausruhen dürfe, denn Stillstand bedeute Rückschritt. Im hessischen Landtag haben wir uns sehr intensiv mit der Fortschreibung der Strafvollzugsgesetze befasst, selten habe man ein so breites Maß an Zustimmung erlebt zu einem Gesetz. Für die Regierungsko-

alition sei hierbei entscheidend dass die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag, das Vollzugsziel der Resozialisierung wieder konkret zu verankern, umgesetzt werde. Diese Aufgaben würden durch die Bediensteten des hessischen Justizvollzugs vorbildlich erfüllt.

MdL Klein erklärte zur Personalsituation, dass die Zahlen im AVD relativ stabil geblieben seien, nur für die BSBD-Landesvorsitzende zählte er diese nochmals konkret auf. In der Gesamtbewertung werde jedoch das Bau- und Sanierungskonzept, welches alsbald vorliegen werde, abgewartet werden; er verwies auf die bereits beschlossenen Pläne, 2017 mit der Grundsanierung der JVA Kassel I zu beginnen. Der Haushalt 2016 sei insgesamt nicht vergnügungssteuerepflichtig, er habe Verständnis für die vorgetragene Kritik (der Kalfaterhammer im Blick irritiere), Kritik sei Aufgabe der Gewerkschaft. Staatssekretär Metz habe die

beabsichtigten Stellenkürzungen treffend erklärt, auch wenn die nicht allen gefallen. Dass die Beamten und Beamtinnen nun mit Besoldungsnullrunde, Beihilfeänderungen einen Beitrag zur Schuldenbremse einzubringen haben, bezeichnete er als unausweichlich, immerhin würden zehn zusätzliche Stellen für die Extremismusbekämpfung neu geschaffen werden. Wie Ergebnisse und Lösungen zu den Forderungen des **BSBD** Hessen, die Vollzugszulage und die DuZ endlich zu erhöhen, aussehen können, vermochte MdL **Klein** nicht zu versprechen, man werde diese Themen jedoch intensiv betrachten. Es werde aber immer schwieriger, den Haushältern der Fraktionen den Mehrbedarf zu erklären. Dabei sei der Erfolg des Justizvollzugs nur durch das Engagement seiner Mitarbeiter zu realisieren. Das Engagement des **BSBD's** sei nachzuvollziehen, wengleich Meinungsunterschiede die weitere konstruktive Zusammenarbeit zwischen **CDU** und Gewerkschaft nicht trüben werden. Die Einladung der Landesvorsitzenden, in einer hessischen Justizvollzugsanstalt zu hospitieren, nahm MdL **Klein** an, sofern



**MdL Hugo Klein:** „Das Vollzugsziel der Resozialisierung ist wieder im Gesetz verankert“.

ihm versprochen werde, dass er danach wieder raus käme. Als ehemaliger Berufsschullehrer für handwerkliche Berufe versprach er, zum nächsten Gewerkschaftstag des **BSBD** Hessen 2016 ein kleines, zierliches Hämmerchen für die Feinarbeiten im Justizvollzug mitzubringen.

MdL Heinz Lotz, SPD:

## Bedienstete zunehmend allein gelassen

Hessische Vollzugsgesetze sehr einmütig fortgeschrieben

**M**dL **Heinz Lotz, SPD**, der die erstmals verhinderte MdL **Heike Hofmann** vertrat, wies insbesondere auf die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im Justizvollzug hin, die Gefangenenklientel habe sich massiv verändert, die Zahl der psychisch auffälligen Gefangenen habe deutlich zugenommen. So habe man zwar vermehrt Behandlungsstationen eingerichtet, die Bediensteten fühlten sich aber zunehmend allein gelassen mit



**MdL Heinz Lotz:** „Die beabsichtigte Stellenreduzierung ist unakzeptabel“.

dieser Problematik. Hier, so MdL **Lotz**, fehle es an einem stimmigen Konzept im Umgang mit dieser Gefangenenklientel. Die Ausführungen zum Haushalt 2016 und die beabsichtigten Stellenreduzierungen im hessischen Justizvollzug seien deshalb völlig inakzeptabel: „Was nutze die Aufnahme der Resozialisierung, so MdL **Lotz**, wenn gleichzeitig Personal abgebaut werde?“ An StS **Thomas Metz** gerichtet, erklärte **Lotz**: „Hier kann man mitnichten von einem geordneten Fahrwasser sprechen. Für ein Gelingen der Resozialisierung sei ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen. Es sei nicht zu akzeptieren, dass bei zu leistendem Schichtdienst in Hessen weiterhin die 42 Stundenwoche gelte, während für andere im Bundesvergleich die 40 Stundenwoche gegeben sei, hinzu kommen Nullrunde, aktuell Beihilfekürzung, sodass in der Gesamtheit festzustellen sei, dass die Konsolidierung des Haushalts auf dem Rücken der Beamten und Beamtinnen des Landes Hessen ausgetragen werde“. Auch die **SPD** fordere die Übernahme des im April 2015 ausgehandelten Ergebnisses für die Tarifbeschäftigten auf alle Beamtinnen und Beamten in Hessen. Zur Arbeit des **BSBD** Hessen resümierte er: „Hier werden Probleme auf den Punkt gebracht!“

MdL Karin Müller, Bündnis 90/  
Die Grünen:

## Politische Auseinandersetzung um der Sache wegen

Leider nichts als Dank und Anerkennung zu bieten

**M**dL **Karin Müller** von **Bündnis 90/Die Grünen** erklärte im Hinblick auf beabsichtigte Stellenreduzierungen, Besoldungsnullrunde, Beihilfekürzungen, dass sie im Rahmen des **BSBD**-Landesgewerkschaftstages „leider nichts als Dank und Anerkennung bieten könne“. Sie dankte für die konstruktive Auseinandersetzung und verwies darauf, dass die Diskussionen im Unterausschuss Justizvollzug hinsichtlich besonderer Vorkommnisse in den Anstalten nunmehr sachlich laufen. Die



**MdL Karin Müller** dankte dem **BSBD** für eine konstruktive Auseinandersetzung.

Forderung nach dem Stuhl des Ministers bzw. der Ministerin nach solchen Ereignissen habe aufgehört, man streite um der Sache willen. In den dort zu behandelnden Editionen erlebe sie den Justizvollzug als eine Gesellschaft auf engem Raum, es sei immer wieder abzuwägen, welche Schilderung nun stimme. Die Forderung nach einer Rückkehr in die **TdL** bezeichnete MdL **Müller** als ein symbolisches Thema, zumal in dem für Hessen geltenden **TV-H** eine zusätzliche Familienkomponente verabredet sei, die es im Tarifvertrag der Länder nicht gebe. Durch die in der Praxis regelmäßig stattfindende Orientierung an dem jeweils zuvor ausgehandelten **TdL**-Vertrag bzw. Tarifergebnis sei die Forderung nach Rückkehr in die Tarifgemeinschaft faktisch erfüllt. Hinsichtlich der beabsichtigten Verschlechterung der Beihilfeleistungen (Wegfall der Wahlleistungen) habe man sich an der Bundesregelung orientiert.

MdL Marjana Schott, DIE LINKE.

## Vollzugsrealität ist bei den Menschen vor Ort

Politik und Vollzugsbedienstete bewegen sich in unterschiedlichen Sonnensystemen

**M**dL Marjana Schott von den Linken brachte die unterschiedlichen Berichte von Gewerkschaftsvertretern/innen und politischen Vertretern/innen auf den Punkt: „Wenn man dem Vormittag aufmerksam gefolgt ist, ist mit großem Erstaunen festzustellen, dass sich hier Menschen offensichtlich in verschiedenen Sonnensystemen bewegen.“ So unterschiedlich nahm sie die Berichte und Bewertungen ihrer Vorredner/innen wahr.

Dabei, so Schott, wird die Realität wohl bei den Menschen sein, die vor Ort arbeiten; die Regierenden können sich nicht das Volk wählen.

Schott bezog sich auf ihre vollzuglichen Erfahrungen am Standort Kassel, sie empfinde es als unfair, wenn die Gefangenzahlen von 1998 jetzt bei der Bewertung des Stellenbedarfs herangezogen würden; die Zahl der zu öffnenden Türen in einer JVA, so Schott, habe sich jedoch nicht verändert, auch wenn hinter jeder Tür jetzt weniger Gefangene unter-



**MdL Marjana Schott: „Es ist unfair die Gefangenzahlen aus den vorigen Jahrhundert zur Bewertung des Stellenbedarfes heranzuziehen.“**

gebracht sind. Nicht nur die Gesellschaft draußen habe sich verändert, sondern auch die in der Justizvollzugsanstalt; dies müsse man fairerweise berücksichtigen,

wenn man die Neunzigerjahre als Vergleich zu 2015 heranziehe. Es sei falsch zu sagen: „Ja, aber damals...“, vielmehr habe man auch damals um eine Veränderung der unhaltbaren Zustände und Arbeitsverhältnisse gerungen. Resozialisierung, so Marjana Schott, gebe es nicht zum Nulltarif, jetzt wie damals seien Bedienstete notwendig, die handeln, wenn die Tür aufgeschlossen wird; Menschen ticken nicht immer nach herrschenden Regeln.

Es könne nicht sein, dass jede Maßnahme/jedes Angebot allein dem fiskalischen Standpunkt unterworfen werde. Die Feststellung der hessischen Landesregierung, dass im Justizvollzug Stellen eingespart werden müssen, sei lediglich eine politische Entscheidung von dort. Sie empfahl dringend, stattdessen über die Erzeugung von Einnahmen zugunsten des Landeshaushalts nachzudenken, die für die Erledigung der zwingend zu erledigenden öffentlichen Aufgaben tatsächlich notwendig sind.

## Manfred Radde in den Ruhestand verabschiedet

Umsichtiger und freundlicher Behördenleiter

Nach über 46 Dienstjahren in der hessischen Justiz tritt Manfred Radde nunmehr am 30. November 2015 in den wohlverdienten Ruhestand. Kollege Radde ist seit 2003 Mitglied im BSBD Hessen.

Seit dem 1. August 2008 leitete er die JVA Limburg. Dort setzte er sich besonders für den Erhalt der kleinsten hessischen Justizvollzugsanstalt ein. Erfolgreich mobilisierte die weiteren Jus-



**Justizministerin Kühne-Hörmann überreicht Kollegen Radde die Ruhestandsurkunde.**



**Kollege Radde mit Ehefrau und Sprecher der Anstaltsleiter Eugen Martz.**

tizbehörden in Limburg und erreichte so, dass die Justizministerin **Eve Kühne-Hörmann** sich für die Erhaltung der JVA Limburg entschied. Justizministerin **Eva Kühne-Hörmann** würdigte Kollege **Manfred Radde** als einen umsichtigen und freundlichen Behördenleiter mit großem Organisationstalent.

Er habe die JVA Limburg mit großer fachlicher Kompetenz, der notwendigen

Bestimmtheit, aber auch mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl geleitet.

Im Rahmen der Verabschiedung betonte der Leiter der Staatsanwaltschaft Limburg Herr **Sagebiel** den besonderen Einsatz für die Erhaltung der JVA Limburg durch den Kollegen Radde und betonte gleichzeitig einen Landgerichtsbezirk Limburg ohne Vollzugsanstalt wird es nicht geben.



## Die Probleme gleichen sich länderübergreifend

Informationsfahrt der JVA Frankfurt am Main I nach Sachsen

Vom 2. bis zum 4. Oktober 2015 hat der OV Frankfurt am Main I eine Fahrt nach Leipzig unternommen.

Hauptbestandteil dieser Reise war der Besuch in der JVA Leipzig. Hier wurde dem Ortsverband eine JVA mit vielfältigen Aufgaben eindrucksvoll präsentiert. Die Mitglieder durften eine sehr interessante und hervorragend organisierte Führung durch die JVA erleben.

Bei einer abschließend stattfindenden Gesprächsrunde, wurde allen schnell klar, dass die Probleme länderübergreifend, überall die gleichen sind. Es muss zu viel Arbeit mit zu wenig Personal bewältigt werden. Auch wird nirgendwo berücksichtigt, dass sich die Anzahl psychisch auffälliger Gefangener und die Anzahl der Gefangenen mit Suchtproblematik deutlich erhöht haben. Positiv ist allerdings hervorzuheben, dass Sachsen die Tariferhöhung für die Beamten mit übernommen hat.

Dies stellt zwar nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar und löst nicht die Personalprobleme, könnte aber auch in Hessen mal ein Anfang sein.



Fotos (2): BSBD Hessen

Beste Marken. Beste Rabatte.  
Exklusiv für BSBD-Mitglieder.



|   |   |   |
|---|---|---|
| <br><b>12% Rabatt</b>        | <br>bis zu <b>17% Rabatt</b> | <b>SONY</b><br>bis zu <b>25% Rabatt</b>   |
| <b>FALKE</b><br><b>15% Rabatt</b>   | seidensticker<br><b>20% Rabatt</b>  | <br><b>20% Rabatt</b>                    |
| <b>PHILIPS</b><br><b>30% Rabatt</b>   | <br>bis zu <b>27% Rabatt</b> | <br><b>12% Rabatt</b>                    |
| <br>bis zu <b>20% Rabatt</b> | <br>bis zu <b>28% Rabatt</b> |  <b>MISTER SPEX</b><br><b>20% Rabatt</b> |

... und weitere rund 150 bekannte Markenshops mit besten Rabatten auf der Einkaufs- und Erlebnisplattform.

[www.dbb-vorteilswelt.de](http://www.dbb-vorteilswelt.de)



dbb  
vorteilswelt

Stand Juli 2015, Angebote freibleibend

Fotosbilder@julien.tomeur - Fotolia.com